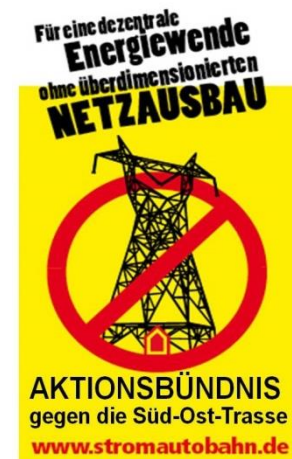


Leinburg, 10.03.2017

Stellungnahme des Aktionsbündnisses gegen die Süd-Ost-Trasse zur Berichterstattung in der NN zum Thema SuedOstLink

Gegen die Berichterstattung - Kommentar und Hintergrund - zum Thema SuedOstLink in den Nürnberger Nachrichten am 8. März 2017 erhebt das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse scharfen Einspruch. Diese Berichterstattung betrachten wir als nicht seriös, denn es werden maßgebliche Fakten bezüglich des Widerstands gegen die Gleichstromleitungen in der Region Mittelfranken und in ganz Bayern vollkommen außer Acht gelassen. Mit der unausgewogenen Berichterstattung in der NN wird dem Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse öffentlich Schaden zugefügt. Wir bitten deshalb nachdrücklich um eine Richtigstellung.



Wer einen Hintergrundbericht zum Thema Trassengegner plant und verfasst, sollte es nicht versäumen, mit den Menschen, über die berichtet wird, auch zu sprechen. Es sollte nicht unterlassen werden, die Kontakte zu verwenden, über die einem in den vergangenen Monaten zahlreiche Pressemitteilungen und Einladungen zu Aktionen zugeschickt wurden. Damit wurden Entwicklungen ausgeklammert, die unweigerlich ein komplett anderes Bild des noch immer bestehenden Widerstands gegen die Stromtrassen zeichnen würden, und das ist in unseren Augen für eine journalistische Arbeit ein höchst unzureichendes und unethisches Vorgehen.

Niemand kann und will ununterbrochen mit Protestbannern auf der Straße stehen, aber in den Beiträgen der NN wird Protest offensichtlich ausschließlich dadurch definiert. „Die Gegner der Stromautobahnen bleiben stumm“, schreibt Frau Holzschuh. Das ist schlicht falsch. Dass sie das nicht bemerkt haben will, ist ihr Problem als Journalistin, die dazu recherchieren müsste.

Der Protest gegen die Megatrassen seit Anfang 2014 ist den Kinderschuhen entwachsen, die Argumente der Trassengegner sind fundiert und mit wissenschaftlichen Quellen nachvollziehbar belegt, die Aktionen sind vielfältig. Das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse war in den vergangenen Monaten in ganz Bayern aktiv. Es existieren weiterhin zahlreiche Bürgerinitiativen, die seit vielen Monaten wissen, dass keine Trasse an ihnen vorbeiführen wird. Sie kämpfen an der Seite der betroffenen BIs weiter und sind sicherlich keine Sankt-Florians-Jünger. Dazu gibt es aktuelle Presseberichte, die öffentlich zugänglich sind und die bei einer Recherche um den Trassenwiderstand in Bayern auffindbar wären.

Das Aktionsbündnis arbeitet mit Politikern auf kommunaler und auf bundesweiter Ebene, dem Bund Naturschutz, Energiebündeln, Atomkraftgegnern, Aktionsbündnissen gegen die Gleichstromtrassen SuedLink und Ultranet und mit der N-ERGIE gemeinsam für eine dezentrale Energiewende mit regionaler Wertschöpfung. Dieses Bündnis wächst.

Den überdimensionierten Ausbau eines europäischen Übertragungsnetzes halten die Trassengegner für unwirtschaftlich, umweltzerstörend und für die Energiewende kontraproduktiv. Dass der SuedOstLink im Kontext mit einer europäischen Energiepolitik gesehen werden muss, ist keine Meinung, sondern ein belegbarer Fakt. Die Aussage, dass es sich beim Stromtransport durch die Gleichstromleitungen um „Windstrom“ handelt, der

„von Nord nach Süd“ gebracht werden soll, ist falsch und höchst unsachlich formuliert, wird aber von der Verfasserin als Tatsache verkauft. Im Netz existiert immer ein Strom-Mix, der nicht nach Erzeugungsart unterschieden werden kann. Solange Europa nicht zu hundert Prozent mit Erneuerbaren Energien versorgt wird, bleibt dies auch so, und das bestreiten selbst die Netzbetreiber nicht. Laut den relevanten Plänen der Europäischen Energieunion wird dieser Strom-Mix auf unbestimmte Zeit weiter bestehen.

Erst im Februar fand eine gemeinsame Veranstaltung kommunaler Vertreter des Nürnberger Landes und der dortigen Bürgerinitiativen gemeinsam mit der N-ERGIE statt. Das Bayerische Fernsehen berichtete darüber und bewertete es zu Recht als Besonderheit, dass nun ein Bündnis von Stromversorgern und Trassengegnern existiert, die gemeinsam den Kampf gegen den überdimensionierten Netzausbau aufnehmen, um die regionale Wertschöpfung in Bayern zu erhalten. Frau Holzschuh wurde, wie andere Pressevertreter auch, über Veranstaltung informiert und eingeladen.

Es ist tatsächlich bedauerlich und in einigen Fällen sogar unverständlich, dass sich einzelne Bürgerinitiativen und ehemals aktive Lokalpolitiker aus dem Trassenwiderstand zurückgezogen haben, und es ist legitim, darüber zu berichten. Befremdlich ist jedoch die Art und Weise, wie das in diesem Fall geschieht, und dass dies undifferenziert auf die Gesamtheit aller Trassengegner angewendet wird: Es fallen Begriffe wie „Sankt-Florians-Prinzip“, und die Trassengegner werden aufgrund der massiven Demonstrationen in der Anfangszeit der Bewegung indirekt als „Wutbürger“ bezeichnet, eine Haltung, mit denen sie es geschafft hätten, den SuedOstLink anderen Menschen in Bayern vor die Haustür zu schieben. Wer laut war, kann für seine Ablehnung gegenüber einem Infrastrukturprojekt keine Argumente haben, und er will die Trassen einfach nur nicht vor der eigenen Haustür, so die offensichtliche Schlussfolgerung.

Es ist auch gerade dem Bündnis der Trassengegner nicht egal, dass die Kosten für die Erdkabel in unkalkulierbare Höhen steigen, wie unseren Pressemitteilungen der vergangenen Monate zu entnehmen ist, die Frau Holzschuh ebenfalls erhalten hat. Die Kosten tragen nicht „andere“ (wer immer damit gemeint sein mag), sondern alle Stromkunden, auch die abseits der Trassen. Das von der Verfasserin an dieser Stelle genannte Sankt-Florians-Prinzip greift also nicht. Mit der Kritik gegenüber den Kosten scheint es sich jedoch sowohl bei der Bundes- als auch der Staatsregierung anders zu verhalten. Diese lassen den Netzbetreibern bei der Planung praktisch freie Hand und reden die Kosten schön. Ausgerechnet hier konstatiert der NN-Bericht kritiklos eine „transparente und bürgernahe Kommunikation“. Netzbetreiber und Taskforce Netzausbau unter Staatssekretär Pschierer betreiben jedoch in gegenseitiger Absprache eine rigide Kommunikationspolitik, mit der Vorgabe, es dürfe beim Thema Netzausbau nun nicht mehr über das „Ob“ gesprochen werden, sondern nur noch über das „Wie“. Veranstaltungen im Nürnberger Land werden verweigert, trotz mehrfacher Anfrage, mit der Begründung, man fürchte Krawalle.

Im Hintergrundbericht wird fälschlicherweise festgestellt und in den Vordergrund gerückt, dass sich Ministerpräsident Seehofer „an die Spitze des Widerstands“ stellte, was nie der Fall war. Das Verhältnis zur CSU war von Beginn an von scharfer Kritik an deren Versäumnissen bei der Förderung der Energiewende in Bayern begleitet, und das Aktionsbündnis der Trassengegner arbeitet seit jeher politisch neutral und eigenständig. Es war vor allem aber schon immer offensichtlich, dass Seehofer im Gegensatz zu den

Bürgerinitiativen die Trassen nicht verhindern will, sondern nach einer anderen Lösung bei deren Bau sucht. Erdkabel waren schon früh im Gespräch.

Die bittere Erkenntnis, die wir Trassengegner aus dem Kommentar und dem Bericht der NN lernen müssen, ist die, dass man trotz zielgerichtetem Protest, fundierten Argumenten und einem bayernweiten Engagement bisweilen nicht gehört wird, wenn es opportun erscheint. Mit dieser Kommunikationsstrategie versucht derzeit die bayerische Staatsregierung, allen voran die Taskforce Netzausbau, den weiterhin bestehenden Protest kleinzureden. Es ist als Pfeifen im Wald zu bewerten, wenn man sieht, mit welchen billigen Mitteln Staatssekretär Pschierer die immer größer werdenden Zweifel zu bekämpfen versucht, die von der Bevölkerung, von Politik, Wissenschaft und interessanterweise auch von Teilen der bayerischen Wirtschaft geäußert werden, wenn es um Bedarf und Wirtschaftlichkeit der großen Übertragungsnetze geht.

Besonders bemerkenswert ist es jedoch, dass diese widerlegbaren Behauptungen der Trassenbefürworter von den Nürnberger Nachrichten ungeprüft übernommen und in der Öffentlichkeit verbreitet werden.

Wir würden einen dauerhaften Dissens zwischen den Nürnberger Nachrichten und den durch das Aktionsbündnis vertretenen Trassengegnern sehr bedauern. Deshalb schlagen wir ein Treffen zwischen den zuständigen Redakteuren Ihres Hauses und Sprechern des Aktionsbündnisses vor. Ziel wäre, durch einen offenen Informationsaustausch in Zukunft eine ausgewogene Berichterstattung zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen

Dörte Hamann

für das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse